



SOZIALDEMOKRATEN
FÜR EUROPA

21. Feb. 1989/84/1990

Service der SPD für Presse, Funk, TV.

10 | 20 | 30 | 40 | 50 | 60

Der Pressesprecher für Europa-Politik
beim SPD-Vorstand, WILLI CARL, teilt mit:

GERD WALTER MdEP: Kohl darf Mißtrauen der Nachbarn

gegen deutsche Einheit nicht weiter Nahrung liefern

Die Politik Bundeskanzler KOHLS ist nach Meinung der SPD - Europaabgeordneten gleichermaßen schädlich für die deutsche Einheit wie für die europäische Integration. Ihr Vorsitzender GERD WALTER erklärte am Mittwoch im Bonner "Sozialdemokratischen Pressedienst": "KOHL und die Unionsmitglieder seines Kabinetts vergrößern ständig durch irritierende Äußerungen das Mißtrauen der Nachbarn in Ost und West. Vertrauensbildende Maßnahmen für eine stärkere Integration Europas und die Anerkennung der polnischen Westgrenze, wie sie der französische Staatspräsident vorgeschlagen hat, ignoriert er. Er unterläßt das Mindestmaß an Information an Beteiligte und Interessierte und erreicht nicht einmal, daß in seiner Regierung in diesen für Deutschland und Europa lebenswichtigen Dingen einheitlich gesprochen, geschweige denn gehandelt wird."

WALTER forderte die Bundesregierung auf, endlich ein verläßliches System der Information und Konsultation zur EG -

Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Der Parteivorstand, Ollenhauerstraße 1, 5300 Bonn 1.
Telefon: 02 28-532 346. Telex: 8 86 306. Herausgeberin: Anke Fuchs. Redaktion: Willi Carl.

Kommission, den EG - Partnern sowie dem Europäischen Parlament und den KSZE-Vertragsstaaten zu entwickeln. Gerade weil die DDR höchstwahrscheinlich nicht als eigenständiger Staat der EG beitreten werde, sondern auf dem Weg einer Vereinigung mit der Bundesrepublik, müßten die nächsten Schritte im engsten Einvernehmen mit der EG-Kommission vorbereitet werden. Wichtig sei auch, daß der EG-Minister- rat der Kommission möglichst schnell ein Verhandlungsmandat für die Einbeziehung der DDR in den Rechts- und Wirtschaftsraum der EG erteile.

Weiter muß die Bundesregierung nach den Worten WALTERS "den Weg zu deutscher Einheit durch eine Einbettung in die europäische Integration absichern". Dies geschehe besten durch eine Beschleunigung des verabredeten Prozesses zur Errichtung des Binnenmarktes. Keinesfalls dürfe Bonn die Entwicklung in Deutschland zum Vorwand nehmen, die Währungsunion, das soziale Europas oder die Demokratiesierung der Gemeinschaft zu hintertreiben, warnte WALTER.

Schließlich müsse Bonn zur Entwicklung eines Konzepts der EG für die bevorstehende KSZE-Konferenz einen wichtigen Beitrag leisten. Es müsse klar werden, welche Rolle die EG im Hinblick auf eine künftige Friedensordnung in Europa spielen wolle. WALTER: "Die Frage ist: Versteht sich die Gemeinschaft als Keimzelle einer späteren politischen und wirtschaftlichen größeren, europäischen Union, die nach 1992 in Angriff genommen werden muß? Hier gilt es Signale zu setzen, auch damit das erwachte Nationalbewußtsein in den neuen europäischen Demokratien aber auch in Westeuropa nicht wieder in überwunden geglaubten Nationalismus umschlägt."